
Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Rezension von: Ian Kershaw,
Achterbahn. Europa 1950 bis heute,
Deutsche Verlags-Anstalt,
München 2019, 828 Seiten, gebunden,
€ 38; ISBN 978-3-421-04734-2.

Der Autor, der englische Historiker Ian Kershaw, war bis zu seiner Emeritierung Professor for Modern History an der Universität Sheffield. Weltberühmt wurde er durch seine zweibändige Biografie Adolf Hitlers („Hubris“, 1998; „Nemesis“, 2000). Kershaws Spezialisierung auf die Geschichte Deutschlands und Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schlug sich in zahlreichen weiteren Publikationen und Büchern nieder. Bei DVA erschien von ihm u. a. „Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg“ (2008) und „Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45“ (2011). Mit „To Hell and Back. Europe, 1914-1949“ (2015; dt. „Höllentsturz“, 2016), einer Geschichte Europas im Zeitalter der Weltkriege, gelang ihm ein weiteres Meisterwerk.

An diesen Band knüpft „Achterbahn“ an, dessen englische Originalausgabe 2018 unter dem Titel „Roller-Coaster. Europe, 1950-2017“ publiziert wurde. Darin verfolgt Kershaw nicht nur die Entwicklung Europas bis zum Ende des „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm), also bis 1989/1991, sondern unternimmt auch den Versuch einer Überblicksdarstellung der fortschreitenden Integration Westeuropas und der Transformation Osteuropas in den 1990er-Jahren sowie der Erfah-

rungen Westeuropas mit der vertieften wirtschaftlichen Integration in der Währungsunion und den Erfolgen und Problemen vieler Länder Mittelost- und Südosteuropas nach dem Beitritt zur EU in den 2000er-Jahren. Darüber hinaus geht der Autor sogar noch das Wagnis ein, die turbulenten Ereignisse in West- und Osteuropa seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und den Rückfall Russlands in ein „umfassend autoritäres Regime“ (William Zimmerman)¹ und zu imperialem Gehabe einer ersten, zwangsläufig sehr vorläufigen Beurteilung zu unterziehen.

In „Höllentsturz“ untersucht Kershaw die Ursachen der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Er führt fünf kausale Faktoren der umfassenden Krise der 1930er-Jahre an: 1.) die schwere Krise des Kapitalismus, die sich in der Großen Depression ab 1929 manifestierte; 2.) akute Klassenkonflikte in den einzelnen Staaten; 3.) extremen, aggressiven ethnisch-rassistischen Nationalismus; 4.) mit politischen und militärischen Drohungen untermauerte, miteinander unvereinbare Forderungen nach Revisionen der Grenzen von 1918-1923; 5.) Imperialismus der europäischen Großmächte. Wesentlich war, dass diese Faktoren einander wechselseitig verstärkten.

Nationalismus und Klassenkampf waren schon in der Vorkriegszeit bedeutsame gesellschaftliche Phänomene. Beide erfuhren durch den Ersten Weltkrieg zum einen sowie den Staatsstreich der Bolschewiki 1917 und deren Sieg im Bürgerkrieg 1918-1921 zum anderen extreme Verschärfung. Die Konflikte um die Nachkriegsgrenzen gaben dem aggressiven Hypernationalismus weiteren Vorschub. Extreme Rechte und Linke gingen aus dem Weltkrieg

und den von zahlreichen internen und zwischenstaatlichen gewaltsamen Konflikten geprägten Nachkriegsjahren 1918-1923 gestärkt hervor. Hypernationalismus, Imperialismus der Großmächte und regionale Grenzkonflikte bedrohten die labile Nachkriegsordnung und den Frieden in Europa.

Der wirtschaftliche Aufschwung der 1920er-Jahre währte nur wenige Jahre (1924-1929). Die Große Depression der 1930er-Jahre unterminierte die Demokratie, verschärfte die Klassenkonflikte und führte zum Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung. Europa wurde zu einem ideologisch-politischen Kampffeld zwischen drei konkurrierenden Ordnungskonzepten: liberaler Demokratie, Bolschewismus und Faschismus bzw. rechtem Autoritarismus. Die Sowjetunion war vorübergehend vor allem mit sich selbst beschäftigt, nämlich Stalins Revolution von oben, d. h. mit der forcierten Industrialisierung, mit der gewaltsam erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft und dem Übergang zu staatlicher Planwirtschaft,² ging aber ab 1939 in Osteuropa wieder in die Offensive. Die liberale Demokratie geriet in der Großen Depression in die Defensive, nur in den Kernländern des Westens, in Nordwest- und Nordeuropa, stellte sie sich als stabil heraus. Die Politik rückte nach rechts, im östlichen Europa gingen (abgesehen von der Tschechoslowakei und Finnland) alle Demokratien unter und wichen rechtsgerichteten autoritären Regimen. Und auch im Süden regierten Diktatoren. Die beiden faschistischen Mächte, Deutschland und Italien, ergriffen die Initiative zu einer Neuordnung Europas in ihrem Sinn. In dieser explosiven Situation erwies sich das nationalsozialistische Deutschland als der entschei-

dende dynamische Akteur, der den Zweiten Weltkrieg auslöste.

Nach Kriegsende waren in Europa – abgesehen von der iberischen Halbinsel – von den in der Zwischenkriegszeit konkurrierenden Ideologien und politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen nur noch zwei übrig: liberale Demokratie und Kommunismus stalinistischer Prägung. Die geopolitische Struktur des Kontinents unterschied sich fundamental von jener vor 1939: Die einstigen europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland gingen aus den beiden Weltkriegen stark geschwächt hervor. Die Imperien der beiden Ersteren lösten sich in der Folge rasch auf, und das geteilte Deutschland stellte keinen Faktor politischer Unsicherheit mehr dar. Europa war nun gespalten in zwei Blöcke, die jeweils von einer der beiden Supermächte – USA und Sowjetunion – dominiert wurden. Die Bevölkerung des östlichen Europa, die im Zweiten Weltkrieg die relativ höchsten Verluste hinzunehmen hatte und die in den sog. „Bloodlands“ (Timothy Snyder), jener Polen, Weißrussland und die Westukraine umfassenden Region, das Pech hatte, nicht nur die Schrecken der beiden Weltkriege und des Russischen Bürgerkriegs, sondern auch jene der totalitären Herrschaften Stalins und Hitlers erleiden zu müssen, fand sich bald (ab 1944, spätestens 1949) in stalinistischen Diktaturen wieder bzw. unmittelbar unter der Knute Stalins. Der Eisernen Vorhang sorgte für ein hohes Maß an politischer Stabilität in Europa, allerdings auf Kosten der leidgeprüften Bevölkerung Osteuropas. Weil sowohl die USA als auch die Sowjetunion über die Atombombe verfügten, stellte Krieg keine politische Option mehr dar.

In Westeuropa wurde der Wiederaufbau der Wirtschaft einigermaßen systematisch in Angriff genommen. Es galt, die Fehler, die nach dem Ersten Weltkrieg begangen worden waren, zu vermeiden. „*Only the state, British and French planners agreed, could provide the levels of investment necessary for the massive infrastructural projects to rebuild the economy.*“³ Auch der Mangel an Nahrungsmitteln und Brennstoffen erforderte staatliche Allokation bzw. Interventionen. Staatliche Eingriffe in einem in Friedenszeiten bisher unerhörten Ausmaß wurden in Großbritannien und Frankreich nicht nur für die planmäßige Durchführung des Wiederaufbaus und der Bewältigung der Mangelwirtschaft als notwendig erachtet, sondern auch „*to combat the vagaries of unconstrained capitalist economies and to prevent any return of mass unemployment. The resulting compromise ... was an emerging mixed economy of liberal free trade and state direction.*“⁴ In wirtschaftsstruktureller Hinsicht bestanden die gemischten Wirtschaften der Nachkriegsjahre aus einem wachsenden öffentlichen Sektor, welcher die notwendigen öffentlichen Güter und sozialen Dienstleistungen erstellte, aus verstaatlichten Sparten und Unternehmen, v. a. im Bereich der Schwerindustrie, des Bergbaus, des Verkehrs- und Kommunikationswesens, der Energieversorgung und des Finanzsektors, sowie aus dem privatwirtschaftlichen Sektor, der große Teile der Sachgüterproduktion und des Dienstleistungssektors sowie die Landwirtschaft umfasste.

Im Juni 1947 verkündete US-Außenminister George C. Marshall einen weitreichenden „European Recovery Plan“ (ERP). Dieser sog. Marshallplan war von großer symbolischer und psy-

chologischer Bedeutung, weil er Westeuropa neue, sehr konkrete Hoffnung gab und – ganz wesentlich – die Erwartungen von privaten Unternehmen, staatlichen Wirtschaftsplanern und VerbraucherInnen stabilisierte. Der Marshallplan leitete freilich die wirtschaftliche Erholung Westeuropas nicht ein, dazu war er vom Umfang (Kredite, Rohstoffe, Waren, Lebensmittel) her viel zu begrenzt. Als 1948 die Marshallhilfe zu fließen begann, war die wirtschaftliche Erholung Westeuropas längst im Gang, abgesehen von Westdeutschland war die Bruttoinvestitionsquote in allen westeuropäischen Ländern bereits höher als 1938. Der Marshallplan beschleunigte aber zweifellos den wirtschaftlichen Aufschwung Westeuropas: Das BNP Westeuropas erhöhte sich von 1948 bis 1950 sprunghaft von einem Indexwert 87 auf 102, wobei die Produktion im Jahr 1938 als Vergleichswert (Indexwert 100) dient. Den beiden Ländern östlich des Eisernen Vorhangs, die geneigt waren, Marshallhilfe anzunehmen, nämlich Polen und der Tschechoslowakei (wo erst der Februarumsturz 1948 von Seiten der KP das Ende der Demokratie besiegelte) wurde dies von Stalin untersagt.

Die Rezeption der Theorie von John Maynard Keynes hatte in einigen Ländern bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Seine wirtschaftspolitischen Konzepte setzten sich nach und nach auch in der Mehrzahl der übrigen westeuropäischen Länder durch und bildeten eine wesentliche Grundlage für die goldene Ära des fordistischen Kapitalismus zwischen 1948 und 1974. Keynes lieferte Argumente zunächst zugunsten öffentlicher Investitionen in Infrastruktur,

Wohnbau und verstaatlichten Industrien im Rahmen des Wiederaufbaus, später dann für Nachfragesteuerung durch öffentliche Investitionen und Ausbau des Wohlfahrtsstaats, Förderung privater Investitionen, staatliche Lohn- und Einkommenspolitik, Vollbeschäftigungspolitik, antizyklische Konjunkturpolitik, makroökonomische Abstimmung zwischen Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik (also zwischen Regierung, Notenbank und Sozialpartnern), Kapitalverkehrskontrollen und andere Instrumente. *„Keynes gave capitalist liberal democracy a lifeline by offering a way to a reformed capitalism in a reformed democracy.“*⁵

Zwischen 1944 und 1949 vollzog sich in jenen osteuropäischen Ländern, die nicht der Sowjetunion angegliedert wurden, die schrittweise Machtübernahme durch die jeweilige kommunistische Partei.⁶ Spätestens 1947/48 war klar, dass die Sicherung der Macht derselben auf dem Wege freier demokratischer Wahlen nicht erreicht werden konnte. Stalin veranlassete infolgedessen einen politischen Kurswechsel in den osteuropäischen Ländern. Dieser war nicht nur eine Reaktion auf den Kalten Krieg und den Bruch mit Jugoslawien (Juni 1948), sondern vor allem eine Folge der Wahlniederlagen und des abnehmenden politischen Einflusses der nationalen kommunistischen Parteien. Sie waren nicht imstande gewesen, durch Wahlen oder durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik Legitimität zu gewinnen, auch nicht in Ländern wie der Tschechoslowakei oder Bulgarien, wo sie anfangs großen Rückhalt gehabt hatten. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten besaßen noch keine absolute oder auch nur hinreichende Macht über die

osteuropäischen Gesellschaften, trotz ihrer Kontrolle über Geheimpolizei, Innenministerium, Militär und Radio, ihrer Steuerung der Jugendorganisationen und des Bildungswesens, der umfassenden und allgegenwärtigen Propaganda, des Terrors, der in der Ausschaltung und Eliminierung vieler politischer Gegner und den ethnischen Säuberungen gegipfelt hatte. Weitere radikale Methoden schienen erforderlich, um die Macht dauerhaft zu sichern. Von 1947/48 bis zu Stalins Tod kopierten die Staaten Osteuropas direkt die sowjetische Innenpolitik mit dem Ziel, ihre Gegner ein für alle Mal auszuschalten und eine neue Generation zuverlässiger Anhänger durch Propaganda und staatliche Erziehung heranzubilden. 1949 war die gewaltsame Durchsetzung des Stalinismus in Osteuropa abgeschlossen.

„Achterbahn“ setzt 1950 ein, als die ideologische, politische und sozioökonomische Spaltung Europas vollzogen war und die unmittelbare Nachkriegszeit endete. Im ersten Kapitel setzt sich Kershaw mit der „heißen“ Phase des Kalten Kriegs auseinander. Der folgende Abschnitt beschreibt und analysiert die „Herausbildung Westeuropas“: die Konsolidierung der liberalen Demokratie, die Etablierung von gemischten Wirtschaften, den Anfang vom Ende der Kolonialreiche und den Beginn der europäischen Integration (1948 OEEC, 1949 Europarat, 1952 EGKS). Im dritten Kapitel wendet sich der Blick des Autors nach Osten, und er zeigt, dass auch nach Stalins Tod im März 1953 in den Ländern des Sowjetblocks der Schraubstock der Repression festgezogen blieb. Die Aufstände in der DDR im Juni 1953 und in Ungarn im Herbst 1956 wurden gewaltsam niedergeschlagen.

Kapitel 4 beschäftigt sich mit der goldenen Ära des fordistischen Kapitalismus, dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats, der Entstehung der Konsumgesellschaft und der Intensivierung der europäischen Integration (1957 EWG, 1959 EFTA, 1961 OECD, 1965 EG), für die Kershaw drei Gründe nennt: „strategische Erfordernisse, nationale Interessen und weitsichtigen Idealismus“ (S. 228).

Die Herausforderungen der politischen Ordnungen in West und Ost Ende der 1960er-Jahre sind das Thema des sechsten Abschnitts, im Westen durch die Studenten- und Arbeiterproteste 1968 und in Osteuropa durch den „Prager Frühling“. Der Rundblick des Autors auf prägnante politische Entwicklungen in den einzelnen Ländern erfasst hier auch Österreich: „... (N)achdem 1967 der eindrucksvolle Bruno Kreisky an die Spitze der SPÖ getreten war und ein weitreichendes Programm von Sozial- und Wirtschaftsreformen aufgelegt hatte, gewann die Partei an Boden. Bei der Wahl von 1970 wurde sie zur stärksten Partei, Kreisky bildete eine Minderheitsregierung. Aus der Neuwahl im folgenden Jahr ging die SPÖ mit einer absoluten Mehrheit hervor, sodass sie eine stabile sozialdemokratische Regierung bilden konnte, die im nächsten Jahrzehnt die österreichische Politik dominierte“ (S. 366). Der Bedeutung der Ära Kreisky (1970-1983) wird diese Passage freilich in keiner Weise gerecht. Leider sind derart vage, wenig inhaltsreiche Aussagen zu Ereignissen, Entwicklungen oder Strukturen in einzelnen Ländern in „Achterbahn“ keine Seltenheit.

Die Kreisky-Ära war insofern stark prägend für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Zweiten

Republik, als die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen dieser Zeit weit über sie hinauswirkten und in vielerlei Hinsicht nach wie vor wirksam sind: Die österreichische Gesellschaft verordnete sich einen kräftigen Modernisierungsschub. In wirtschaftlicher Beziehung holte Österreich stark auf, und Mitte der 1980er-Jahre lag das österreichische Pro-Kopf-BIP bereits deutlich über dem Durchschnitt der EU-15. Wichtige infrastrukturelle und institutionelle Grundlagen für die weitere Modernisierung Österreichs wurden in jenen eineinhalb Jahrzehnten gelegt. Der Wohlfahrtsstaat wurde zum Nutzen der gesamten Bevölkerung entscheidend erweitert und vertieft. Im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern gelang es, die Vollbeschäftigung bis Mitte der 1980er-Jahre aufrechtzuerhalten.

Der angewandte *policy-mix* des „Austro-Keynesianismus“ war eine pragmatische, originäre, unkonventionelle, aber konsistente wirtschaftspolitische Strategie, mit einer eindeutigen Priorität für Vollbeschäftigung, die grundlegend auf dem keynesianischen Konzept makroökonomischer Globalsteuerung beruhte und flexibel auf die vielfältigen ökonomischen und politischen Herausforderungen der 1970er- und frühen 1980er-Jahre reagierte.⁷

Die wichtigsten Elemente der makroökonomischen Steuerung im Austro-Keynesianismus waren: antizyklische Budgetpolitik, (Voll-)Beschäftigungspolitik, produktivitätsorientierte Lohnpolitik, Hartwährungspolitik, Sicherung einer hohen Investitionsneigung im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektor, Ausbau des Systems sozialer Sicherung und Konzertierung der Wirtschaftspolitik zwischen Regierung, Sozialpartnern und Notenbank.

Kapitel 7 befasst sich mit dem Ende der goldenen Ära des fordistischen Kapitalismus im Zuge der Ölpreiskrisen der 1970er-Jahre, mit den Anfängen der neoliberalen Wende in Westeuropa und mit den strukturellen wirtschaftlichen Problemen der RGW-Länder.

Zwei Höhepunkte von „Achterbahn“ sind die Kapitel 8 und 9, worin Kershaw die Gorbatschow'schen Reformen in der Sowjetunion ab 1985, deren Auswirkungen auf die osteuropäischen Volksrepubliken („Ostwind der Veränderung“), den Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 und das Ende der Sowjetunion 1991 („Macht des Volkes“) behandelt. In diesen beiden Abschnitten setzt sich der Autor am Beispiel Gorbatschows auch mit der Bedeutung einzelner Personen für den Gang der Geschichte auseinander.

Unter ZK-Generalsekretär Michail Gorbatschow (1985-1991) endeten das nachstalinistische Regime und der innere Belagerungszustand der Sowjetunion. An der Spitze der KPdSU fand die größte personelle Erneuerung seit den 1930er-Jahren statt. Aus der Einsicht, dass der Sowjetordnung infolge der systemischen und chronischen wirtschaftlichen Krise nicht mehr viel Zeit bleibe, strebte Gorbatschow eine rasche und tiefgreifende, aber nicht uneingeschränkte Änderung der politischen und sozioökonomischen Ordnung an. Eine schnelle Anhebung des Lebensniveaus für die Mehrheit schien ein größeres individuelles Engagement und mehr Eigeninitiative zu erfordern. Dafür würden materielle Anreize nicht ausreichen; auch mehr Freiheit würde notwendig sein. Politische Partizipation erschien aus dieser Perspektive als unumgängliche Voraussetzung sozioökonomischer Modernisierung, insbesondere intensiver wirtschaftli-

cher Entwicklung. Damit erhielt die *perestrojka*, d. h. der Umbau, eine andere Dimension als alle vorangegangenen Reformen in der Sowjetunion, betont Manfred Hildermeier (2017) in einem der Standardwerke zur Sowjetgeschichte. Nicht nur der Stalinismus im Sinne zentraler Kommandowirtschaft und bürokratisch-obrigkeitlicher Herrschaft über alle gesellschaftliche Bereiche stand zur Disposition, sondern auch die Herrschaft der Partei über den Staat und die Ausschaltung politischer Partizipation.

In diesem Zusammenhang hebt Kershaw die zentrale Rolle und Bedeutung von Michail Gorbatschow hervor: „Wie die Dinge lagen, erlaubten es die strukturellen Probleme der Sowjetunion Gorbatschow, einen radikalen Wandel in Gang zu setzen, der eine unaufhaltsame Eigendynamik annehmen sollte. Aber ohne sein persönliches Zutun, seinen eigenen unstillbaren und immer stärker werdenden Drang, die versteinerten Strukturen der Sowjetunion zu reformieren, hätte sich diese Dynamik nicht entwickelt. Dieser rücksichtslose Veränderungswille war das, was bei der Transformation der Sowjetunion, ihrer Satellitenstaaten und letztlich ganz Europas als „Gorbatschow-Faktor“ einging“ (S. 448f). „Das Ausmaß von Gorbatschows persönlichem Beitrag zu dem dramatischen Wandel nicht nur in der Sowjetunion selbst, sondern in ganz Osteuropa kann kaum übertrieben werden“ (S. 471). Ohne Gorbatschows einzigartige Entschlossenheit, radikale Veränderungen „gegen alle Widerstände durchzusetzen, wäre die Geschichte anders verlaufen“ (ebd).

Für den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in den osteuropäischen Satellitenstaaten 1989/90

nennt Kershaw drei ursächliche Faktoren:

1.) die strukturellen Ursachen, die in hohem Maße mit den strukturellen Mängeln der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Sowjetunion übereinstimmten (siehe unten);

2.) den bereits angesprochenen „Faktor Gorbatschow“: Der von diesem eingeleitete Kurswechsel in der sowjetischen Außen- und Militärpolitik hatte gravierende Auswirkungen auf die Satellitenstaaten. Schon im März 1985 teilte Gorbatschow den Führern der Warschauer-Pakt-Staaten mit, dass die Sowjetunion künftig die Souveränität und Unabhängigkeit jedes Landes respektieren würde. Und im November 1986 verkündete er ebendiesen förmlich die Aufhebung der „Breschnew-Doktrin“. Als Gorbatschow im Laufe des Jahres 1989 auch öffentlich von dieser Doktrin abrückte, ging es mit den kommunistischen Regimen in Osteuropa rasch zu Ende.

3.) die Macht des Volkes: „Von den Vorgängen in der Sowjetunion ermutigt, rebellierten die Völker Osteuropas gegen ihre kommunistischen Herren, die sie über vierzig Jahre in Knechtschaft gehalten hatten“ (S. 495). Die von Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleitete Revolution von oben wandelte sich in den Satellitenstaaten zu einer Revolution von unten. Und in der Folge schwappten die Wellen der Veränderung in die Sowjetunion zurück, wo sich zunächst die baltischen und kaukasischen Völker durch Revolutionen von unten von der russischen Herrschaft befreiten.

Im Rückblick werden die strukturellen Ursachen des Zusammenbruchs der Sowjetunion deutlich: gravierende wirtschaftliche Strukturdefekte; schwer-

wiegende Mängel der monokratischen politischen Ordnung; die Vortäuschung der Selbstständigkeit der Sowjetrepubliken; der wachsende wirtschaftliche Rückstand gegenüber dem Westen; das Scheitern der Ideologie am selbst formulierten Anspruch.⁸

Gorbatschow erlag, so Hildermeier (2017), der naiven Vorstellung, die bloße Beseitigung zentraler Vorgaben und Kontrollen reiche aus, um die blockierte Eigeninitiative in der Volkswirtschaft zu entfesseln. Dass sich wenige Personen an strategischen Positionen mit guter Vernetzung legal und illegal extrem bereicherten, während die Mehrheit unter der Mangelwirtschaft litt und in Armut versank, erkannte er zu spät. Das Regime büßte das Vertrauen der Menschen völlig ein. Gorbatschows politische und ökonomische Reformen hatten die Auflösung von Macht und Autorität der Partei zur Folge. „(D)ie Sowjetunion dankte mitten im Frieden ohne äußere und bei minimaler innerer Gewaltanwendung sang- und klanglos ab. Sie brach zusammen wie das sprichwörtliche Kartenhaus, implodierte gleichsam.“⁹

Der ostmitteleuropäische Teil des alten Westens, der 1944-1949 unter sowjetische Vorherrschaft geraten war, konnte jetzt selbst über seine politische und gesellschaftliche Entwicklung entscheiden.¹⁰

Wie Hildermeier betont auch Orlando Figes in „Hundert Jahre Revolution“ (2015) die zentrale Bedeutung von Gorbatschows politischen Reformen von oben für den raschen Zusammenbruch der Sowjetunion. Seine These ist, dass sich „das Regime von der Spitze her auflöste“.¹¹ Gorbatschows politische und ökonomische Reformen hatten die Auflösung von Macht und Autorität der Partei zur Folge. „Glas-

nost“ gestattete den Menschen, „das Regime in Frage zu stellen und eine Alternative zu fordern“. ¹²

Es ist, so Kershaw, höchst unwahrscheinlich, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion ohne das Wirken Gorbatschows in dieser kurzen Zeit (1985-91) und auf diese Weise verlaufen wäre und dieselben Auswirkungen gehabt hätte. „Ohne die desintegrierende Dynamik der Perestroika hätte die Sowjetunion, wenn auch torkelnd, aber ohne die Sorge, zusammenzubrechen, auf unabsehbare Zeit weitermachen können“ (S. 442).

Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre sah es also so aus, als könnte Russland seine autoritäre und phasenweise totalitäre Vergangenheit hinter sich lassen. Im November 1990 setzte Michail Gorbatschow auf dem KSZE-Gipfel seine Unterschrift unter die „Charta von Paris“. Der Kalte Krieg war vorbei, und die Normen des Westens schienen nun auch für Russland zu gelten: Alle Unterzeichner der Charta verpflichteten sich, „die Demokratie als einzige Staatsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken“. Doch es kam anders, wie Kershaw im Kapitel 11 über die Entwicklungen in den 2000er-Jahren darlegt.

Kershaws jahrzehntelange Forschung und Publikationstätigkeit über Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts finden Ausdruck im durchwegs brillanten Band „Höllentsturz“. Das Folgewerk „Achterbahn“ vermag nicht, diese außerordentliche Qualität durchgehend zu bieten, weist viele Höhen, aber auch einige weniger überzeugende Passagen und Abschnitte auf. Zweifellos eignet es sich ausgezeichnet als Einführung für historisch interessierte LeserInnen, und

auch FachhistorikerInnen werden viele Teile des Buches mit großem Gewinn lesen.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ „*Full authoritarian system*“; siehe Zimmerman (2014) 5, Tabelle 1.1.
- ² Siehe dazu ausführlich Chlewnjuk (2016), Figes (2015) und Hildermeier (2017).
- ³ Kershaw (2015) 419.
- ⁴ Ebendort 429.
- ⁵ Ebd. 455.
- ⁶ Siehe dazu insbesondere Appelbaum (2013).
- ⁷ Siehe dazu Chaloupek, Marterbauer (2008) und Mesch (2018).
- ⁸ Siehe dazu v. a. zwei Standardwerke der Geschichte der Sowjetunion: Figes (2015) und Hildermeier (2017).
- ⁹ Hildermeier (2017) 1111.
- ¹⁰ Siehe dazu insbesondere Winkler (2014).
- ¹¹ Figes (2015) 330.
- ¹² Ebendort.

Literatur

- Applebaum, Anne, *Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956* (München 2013); Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 40/1 (2014) 183-190.
- Chaloupek, Günther; Marterbauer, Markus, Was bleibt vom Austro-Keynesianismus? Dauerhafte Wirkungen der post-keynesianischen Wirtschaftspolitik in Österreich 1970-1995, in: Hagemann, Harald; Horn, Gustav; Krupp, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt* (Marburg 2008) 45-67.
- Chlewnjuk, Oleg, Stalin. Eine Biographie (München 2015); Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 42/1 (2016) 202-208.
- Figes, Orlando, *Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert*

- (München 2015); Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 41/3 (2015) 479-484.
- Hildermeier, Manfred, *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Geschichte des ersten sozialistischen Staates* (München 2017); Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/3 (2018) 445-450.
- Mesch, Michael, *Zur makroökonomischen Politik in der Ära Kreisky*, Rezension von: Christian Dirninger, *Austro-Keynesianismus. Zur wirtschaftspolitischen Rolle des Staates* (Wien 2017), in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/2 (2018) 235-246.
- Snyder, Timothy, *Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin* (New York 2010).
- Winkler, Heinrich August, *Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg bis zum Mauerfall* (München 2014); Rezension in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 41/2 (2015) 302-309.
- Zimmerman, William, *Ruling Russia. Authoritarianism from the Revolution to Putin* (Princeton, N. J., 2014).